

MAINZER APPELL

zur Krisenbewältigung

Kein Steuergeld ohne Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit!

Mainz, den 27.5.2020

Verbände und Organisationen der demokratischen Zivilgesellschaft fordern das Land Rheinland-Pfalz zum Handeln auf für einen wirksamen Klimaschutz, für eine ökologische Verkehrs- und Ernährungswende und für globale Gerechtigkeit und eine zukunftssichere Arbeitswelt und Wirtschaftsweise

Inzwischen über sechzig unterzeichnende Verbände und zahlreiche Einzelpersonen aus dem ökologischen, kirchlichen, Eine-Welt-, landwirtschaftlichen, sozialen und gewerkschaftlichen Bereich haben sich zu einer großen Konferenz zusammengefunden. Ihr Ziel: Schaffung von Strukturen zum Schutz unserer Lebensgrundlagen und Stärkung der Zivilgesellschaft, des Gemeinwohls und der Demokratie. Von der Landespolitik fordern sie tiefgreifende ökosoziale Maßnahmen, insbesondere bei der Verwendung staatlicher Stützungs- und Konjunkturprogramme im Zuge der Bewältigung der Belastungen aus der Coronakrise.

Ökologischer, ökonomischer und solidarischer Wandel

Im Bewusstsein, dass unsere Erde begrenzt und verletzlich ist, müssen wir unsere Wirtschaftsweise grundlegend überdenken. Der Wandel muss die biologische Vielfalt schützen und damit die Lebensgrundlagen des Menschen. Gleichzeitig muss er auch gerecht und solidarisch gestaltet werden. Nur auf einem gesunden Planeten wird es dauerhaft gute Arbeit geben. Auch die Covid-19-Pandemie ist Folge schädlicher ökonomischer Strukturen. Globalisierte Lieferketten müssen darum zum Teil regionalisiert und insgesamt transparent und fair werden - auch zur Bewahrung von Frieden, Menschenrechten und Demokratie.



Sabine Yacoub, Landesvorsitzende des BUND:

„Die Corona-Maßnahmen haben uns gezeigt, dass Politik und Gesellschaft in der Krise zu entschlossenem Handeln fähig sind. Ein ebenso konsequentes Handeln brauchen wir in der Biodiversitäts- und der Klimakrise, sonst zerstören wir uns und nachfolgenden Generationen die Lebensgrundlage.“

Ökologischer, ökonomischer und solidarischer Wandel

Der Staat hat die Aufgabe, für die soziale Sicherheit aller Menschen und die gerechte Verteilung des Wohlstandes zu sorgen. Neue Konjunkturprogramme müssen der ökologischen und sozialen Zukunftssicherung höchste Priorität beimessen. Dazu müssen staatliche Maßnahmen und Finanzhilfen so ausgestaltet werden, dass Investitionen in ökologisch verträgliche Maßnahmen und in die soziale Infrastruktur und Bildung Vorrang haben. Diese sollen insbesondere auch die Daseinsvorsorge unserer Gesellschaft sichern.

„Weiter so!“ führt in die nächste Krise

Auf keinen Fall dürfen die Finanzhilfen und gesetzlichen Erleichterungen - wie nach der Finanzkrise 2008/09 - die ungerechten und umweltschädlichen Wachstums- und Profitinteressen bedienen, die die globalen Krisen bei Verteilung, Klima und Biodiversität verursacht und die Menschen zunehmend in unsichere und ungerechte Verhältnisse gebracht haben. Gerade angesichts einbrechender Einnahmen bei den öffentlichen Haushalten gilt: Starke Schultern brauchen knappe Steuermittel nicht. Nicht nachhaltige Subventionen müssen abgebaut werden. Ein reines Weiter-so führt nur zu Mitnahmeeffekten und direkt in die nächsten Krisen.



Im Einzelnen fordern die Verbände und Organisationen:

Klimaschutz: Die Klimaziele des Paris-Abkommens, insbesondere die 1,5-Grad-Begrenzung, müssen die Grundlage aller Entscheidungen sein. Durch eine konsequente Dekarbonisierung, Energieeinsparung, Gebäudesanierung, den dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien als „Bürgerenergiegewende“ und ein Innovationsprogramm bei industriellen Produktionsverfahren werden der CO₂-Ausstoß minimiert und zukunftsfähige Arbeitsplätze in unserem Land geschaffen. Im Sinne der Klimagerechtigkeit und wie völkerrechtlich verbindlich beschlossen, sind auch die Länder des Südens in ihren Klimaschutz- und Anpassungsanstrengungen zu unterstützen und ihre soziale Entwicklung zu stärken. Die Gründe für Klimaflucht werden so minimiert.

Mobilitätswende: Ohne die Verzahnung von Energie- und Mobilitätswende kann Klimaschutz nicht erfolgreich sein. Auch angesichts von Verstädterung, demografischem Wandel und Ressourcenknappheit ist eine sozial-ökologische Mobilitätspolitik notwendig. Zum Beispiel Straßengroßprojekte und eine Steigerung des motorisierten Individualverkehrs führen wieder in die alten Sackgassen. Zukunftsfähig und förderwürdig ist primär der Umweltverbund Schiene-Bus-Rad-Füße. Fördermittel gehören darum in die Entschleunigung des Stadtverkehrs, in sozialverträgliche Tarife und in natur- und menschengerechte Freiraumgestaltung sowie in eine gute ÖPNV-Anbindung der ländlichen Räume (2). Gerade hier sind integrierte Verkehrskonzepte notwendig. Eine schrittweise Abkehr von der Verbrennung fossiler Antriebsenergie ist ebenso unumgänglich wie ein Innovationsprogramm für den Schienenverkehr, den ÖPNV und die E-Ladeinfrastruktur bzw. andere alternative Antriebe.



Ralph Dejas, Vorsitzender Arbeitsgruppe Ökologischer Landbau AÖL Rheinland-Pfalz/Saarland e.V.:

„Die Corona-Krise zeigt einmal mehr, dass wir uns grundsätzlich auch über landwirtschaftliche Systeme Gedanken machen müssen. Der Verlust der Artenvielfalt ist eines der drängendsten Probleme, die wir angehen müssen. Der Ökolandbau bietet in diesem Kontext gut umsetzbare Lösungsansätze.“

Ernährung: Gesundheit, Arten- und Klimaschutz erfordern auch eine Ernährungswende und eine grundlegende Umgestaltung der Agrar-Förderung. Die Stärkung und Existenzsicherung der bäuerlichen Landwirtschaft und des Ökolandbaus mit ihrer zukunftsorientierten Wirtschaftsweise im Einklang mit der Umwelt müssen an die Stelle der vorrangig agrarindustriellen Förderung über die Fläche treten. Die Praxis der Werkverträge muss beendet werden und faire Wohn- und Arbeitsbedingungen für Mitarbeitende und Saisonarbeiter*innen, insbesondere aus Osteuropa, in Landwirtschaft und der nachgelagerten Industrie müssen geschaffen werden. Die Verbraucher*innen erwarten Lebensmittel, die schadstofffrei sind und unter guten Arbeitsbedingungen produziert werden.

Produktion und Arbeitsplätze: Alle Produkte müssen umwelt- und sozialverträglich hergestellt werden und langlebig und recycelbar sein. Dies erfordert faire Preise und Löhne und eine Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft mit besonderer Förderung der regionalen Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Tarifbindung, Arbeitsplatzsicherheit, Mitbestimmung und ein existenzsicherndes Einkommen müssen an die Stelle von prekären Arbeitsverhältnissen treten. Modelle der Gemeinwohlwirtschaft und eine Stärkung der Care-Arbeit müssen die rein quantitative Wachstumsökonomie ablösen, wobei qualitative, nachhaltige Verbesserungen weiter anzustreben sind.



Dietmar Muscheid, Vorsitzender DGB Rheinland-Pfalz/Saar:

„Das eingesetzte Steuergeld muss die sozialökologische Transformation unterstützen und im Sinne einer zukunftsfähigen und gerechten Wirtschaft eingesetzt werden. So stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt, kurbeln die Binnennachfrage an und machen unser Land fit für morgen!“

Verbraucherschutz: Lasten aus Krisen dürfen nicht einseitig die Rechte der Verbraucher*innen beschneiden.

Tariflöhne: Tarifverträge sind das zentrale Instrument, um die Einkommen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern. Sie sichern in erheblichem Maß den sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglichen eine gerechtere Teilhabe der Beschäftigten und ihrer Familien. Öffentliche Mittel an Unternehmen müssen an Tarifverträge bzw. existenzsichernde Mindestlöhne gebunden werden.

Öffentliche Beschaffung: Grundlegende Sozialstandards - wie die ILO-Kernarbeitsnormen – und ökologische Kriterien sollten verbindlich bei der Beschaffung und Vergabe von Dienstleistungen und Produkten im Land und in den Kommunen gelten. (3)

Entwicklungszusammenarbeit: Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen stellen auch den Rahmen für das entwicklungspolitische Engagement des Landes. Dazu gehören die dauerhaften Förderungen der zahlreichen Eine-Welt-Initiativen, Weltläden und Partnerschafts-Projekte und ein verbindliches Lieferkettengesetz (4, 5). Die Entwicklungszusammenarbeit des Landes, der Kommunen, der zivilgesellschaftlichen Träger und der Kirchen muss erweitert werden.

Care-Arbeit: Die Coronakrise hat offengelegt, dass Gesundheit und Pflege als öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge zu gelten hat mit fairer Bezahlung der Arbeitnehmer*innen. Gerade in der Care-Arbeit besteht bei der Geschlechtergerechtigkeit ein hoher Nachholbedarf. Teilhabe Benachteiligter: Menschen mit geringem Einkommen und sog. Randgruppen sind von Krisen besonders hart getroffen. Konjunkturprogramme müssen solidarisch sein, also auch genutzt werden, um gesellschaftliche Teilhabe benachteiligter Menschen zu ermöglichen.



Ludwig Kuhn, Leiter der Diözesanstelle Weltkirche des Bistums Trier:

„Die weltweiten Krisen zeigen, wie stark unser Leben global zusammenhängt. Darum muss die Sorge um das gemeinsame Haus, wie es Papst Franziskus sagt, ein roter Faden in den Anstrengungen nach der Corona-Krise sein. Partnerschaften und Zusammenarbeit mit Ländern des Südens müssen gestärkt werden.“

Jetzt mutig umsteuern!

Mit diesen Kernforderungen und der Gewissheit, dass viele Menschen jetzt ein deutliches Umsteuern erwarten, rufen wir die politisch Verantwortlichen auf: Nehmen Sie die uns alle bedrohenden globalen Krisen und die ungerechten ökonomischen und sozialen Strukturen genauso ernst wie die aktuelle Pandemie und handeln Sie auch dort! Jetzt ist es höchste Zeit, die Chancen, die sich in der Krise gezeigt haben, zu nutzen und mutig umzusteuern.

Treten wir darum in einen Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Politik auf Augenhöhe ein und gestalten in einer gemeinsamen Kraftanstrengung unser Land ein Stück krisenfester, solidarischer und zukunftsfähiger! Vor den aktuellen politischen Weichenstellungen, seien es Finanzprogramme oder auch die nächsten Wahlen, werden wir Verbände die Umsetzung dieses Transformationspaketes auch mit starken öffentlichen Aktionen einfordern.

Weitere Informationen:

- (1) Siehe z.B. auch: BUND-Brief an die Landespolitik: www.bund-rlp.de/offenerbrief
- (2) Siehe z. B. „Neue Züge braucht das Land!": www.bund-rlp.de/forderungskatalog
- (3) Bündnis faire Vergabe: www.bund-rlp.de/buendnisfairevergabe
- (4) www.lieferkettengesetz.de
- (5) www.weltladen.de/aktuelles/gelebte-solidaritaet-in-der-corona-krise



Den „Mainzer Appell“ haben verfasst bzw. unterzeichnet:

Landesweite Organisationen: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. Landesverband Rheinland-Pfalz – Saarland **ABL**, Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Rheinland-Pfalz (**aej-rlp**), Arbeitsgruppe Ökologischer Landbau (**AÖL**) Rheinland-Pfalz/Saarland e.V., Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche der Pfalz, Attac Rheinland-Pfalz, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (**BUND**) Landesverband Rheinland-Pfalz e.V., **BUNDjugend** Rheinland-Pfalz, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Rheinland-Pfalz / Saarland, Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz ELAN e.V., Fahrgastverband **PRO BAHN** Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland e.V., Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie Rheinland-Pfalz e.V. (**GNOR**), **Imkerverband** Rheinland-Pfalz e.V., **Mehr Demokratie e.V.** Landesverband Rheinland-Pfalz, **NABU** (Naturschutzbund Deutschland), Landesverband Rheinland-Pfalz e.V., **NaturFreunde** Rheinland-Pfalz e.V., **Naturfreundejugend** Rheinland-Pfalz, **POLLICHIA e.V.**, Verkehrsclub Deutschland e.V. (**VCD**) Landesverband Rheinland-Pfalz, **Weltladen**-Dachverband e.V., Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Referat **Weltkirche Bistum Speyer**, Christoph Fuhrbach, Geschäftsstelle **Weltkirche/Gerechtigkeit und Frieden im Bistum Mainz**, Dr. Eva Baillie und Alois Bauer, Ludwig Kuhn, Leiter der Diözesanstelle Weltkirche des Bistums Trier, Manfred Thesing, Vorsitzender **Katholikenrat im Bistum Trier**, Vorstand der KAB im Diözesanverband Trier.

Regionale und weitere Organisationen: Arbeitskreis Umwelt Mombach e.V., Mainz, Bendorfer Umweltinitiative, Bildungshaus und Kommunität der Pallottiner, Haus Wasserburg, Vallendar, Fridays for Future Alzey, Fridays for Future Trier, Greenpeace Ortsgruppe Koblenz, Health for Future Koblenz, Health for Future Wiesbaden-Mainz, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Ortsverband Engers-Mülhofen, Klimaaktion Neustadt, Klimabündnis Mittelrhein, linkswärts e.V., Mainz, Mainzer Gruppe der ökumenischen Versammlung, Martin Görnitz, ISSO Institut, Martin Görnitz Stiftung, Koblenz, NaturFreunde Kettig, Parents for Future Mainz, Parents for Future Südpfalz, Regioverein Koblenz e.V. - Verein für nachhaltiges Wirtschaften, Schöpfungsinitiative Koblenz, Scientists for Future Landau (Pfalz), Solarenergieförderverein Deutschland e.V. SFV, Infostelle Koblenz, Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL), Zentrum Oekumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Laudato-si-Gruppe - in Sorge für das gemeinsame Haus, Sinzig/Remagen, Bl. Energiewende Mainz, Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Rheinland-Pfalz e.V. (ANU RLP), Bürgerinitiative Queichtal, Deutscher Verband für Abenteuer-sport Region Pfälzerwald e.V., Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB), Diözesanverband Speyer e.V., Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB), Diözesanverband Trier e.V., Kolpingfamilie Dirmstein e.V., NAJU Rheinland-Pfalz, SaR Radlogistik GmbH, Studierendenparlament Universität Koblenz-Landau am Campus Koblenz, Verein für Natur und Freizeit Bad Bergzabern, **und zahlreiche Einzelpersonen** (aktueller Stand siehe -> www.bund-rlp.de/wirtschaft/mainzer-appell/)

Mitmachen - unterschreiben -
Veranstaltungen - weitere Informationen
www.bund-rlp.de/wirtschaft/mainzer-appell



Machen auch Sie sich die Forderungen zu eigen und unterschreiben Sie den Appell an die Landespolitik!
Informieren Sie sich bei den Veranstaltungen der beteiligten Organisationen!
Lassen Sie die Forderungen in Ihrem eigenen Leben Realität werden!

Kontakt

Der überverbandliche „Mainzer Appell“ wird organisatorisch unterstützt vom BUND Rheinland-Pfalz, Hindenburgplatz 3, 55118 Mainz, Tel. 06131- 627060, info@bund-rlp.de. Ansprechpartner*innen: Sabine Yacoub, Achim Trautmann, Egbert Bialk (ViSDP)

Weitere Ansprechpartner*innen in Ihrer Nähe:

Linkswärts e.V.

